

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 0.60 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628 — Kreuzbandbindungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinseite 0.50 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 40

Sonntag, den 4. Oktober 1924

28. Jahrgang

Neue Straßenbauexperimente.

Durch die deutsche Presse macht jetzt eine Veröffentlichung die Kunde, die der Mitwelt verkündet, daß sich ein vorbereitender Ausschuß zur Förderung des Baues von Straßen und insbesondere von Automobilstraßen aus Männern der Wissenschaft und der Industrie gebildet habe. Dieser Arbeitsausschuß will die gesamten Interessenten des Straßenbaues zu einer Mitte Oktober stattfindenden Gründungsversammlung einer Studiengesellschaft für den Straßenbau zusammenrufen. Es sollen sich daran Vertreter der Wissenschaft, der Staats-, Provinzial- und Kommunalbehörden, der Benutzer der Straßen, der Baustoffindustrien usw. beteiligen und diese Studiengesellschaft aus der Taufe heben. Die Seele des ganzen Unternehmens scheint der deutsche Zementbund zu sein, dessen Vertreter Dr. Riepert-Charlottenburg sich in erster Linie um das Zustandekommen dieser Studiengesellschaft bemüht.

Soweit, so gut! Was der eigentliche Sinn und Zweck dieser Studiengesellschaft sein soll, verrät von allem Anfang an eine Notiz aus Kreisen dieses Arbeitsausschusses, den die Presse veröffentlicht. Es heißt dort:

„Die Gründung einer Studiengesellschaft, die sich bemühen will, eine den verkehrstechnischen Anforderungen entsprechende, aber auch wirtschaftliche Konstruktion des Straßenbaues zu finden, wird auf die Zustimmung und Unterstützung weitest Kreise rechnen können. Die Frage des Straßenbaues bedarf dringend der Klärung. Vorläufig ist nur eines gewiß, daß der Straßenbau, so wie er bislang in Deutschland gehandhabt wurde, nicht den Anforderungen entspricht. Die Anlage der Verkehrswege ist nicht auf die erhöhte Zahl der Fahrzeuge und die größere Schwere der Wagen und ihrer Lasten zugeschnitten. Selbst ausgebelebte Straßen zeigen nach kurzer Zeit wieder das alte Bild und sind ein Schrecken für die Befahrenden. Die Verhältnisse werden zweifelsohne noch schlimmer werden, wenn der Automobilverkehr, wie mit Sicherheit vorauszusehen ist, in nächster Zeit weiter zunimmt. Man muß fordern, daß der Straßenbau sich nach dem erhöhten Verkehrsbedürfnis und der Entwicklung der Verkehrsmittel richtet. — Wir sind in der Lage, uns die Erfahrungen anderer Länder, insbesondere der Vereinigten Staaten, zunutze zu machen. Diese geben einmal dahin, daß die bisherigen geschotterten Straßen wohl geeignet sind, Fußgänger- und leichten Fuhrwerksverkehr, wie bislang üblich war, zu bewältigen, daß sie aber auch in verbesserter Form nicht den Anforderungen der heutigen Beanspruchung, insbesondere durch die zahlreichen Automobile, gewachsen sind. Die Pflasterstraße ist für weite Strecken in der Anlage viel zu teuer und hat ebenfalls durch die geringe Widerstandsfähigkeit der Füllmittel für die Zwischenräume ihre Nachteile. Dies gilt sowohl für Stein- als auch Holzplaster. Die Asphaltstraße hat, abgesehen von der teuren Anlage, den Nachteil, daß sie bei Hitze weich wird. Hohe Anforderungen entspricht die Betonstraße. Ihre Erprobung geht bis auf das Jahr 1892 zurück, wo in Amerika ein Weg angelegt wurde, der auch jetzt noch in gutem Zustande ist. Betonstraßen erfüllen die Forderungen, die man in hygienischer Beziehung besonders als städtische Straßen an sie stellen muß, sind sauber und entwickeln keinen Staub. Ein Hauptvorteil sind die geringen Unterhaltungskosten. Man wird an ihrer Erprobung auch bei uns nicht vorbeigehen können.“

Wer die Entwicklung des Straßenbaues in Europa nur einigermaßen in den letzten dreißig Jahren verfolgt hat, der wird sofort den Wert dieser mit wissenschaftlichem Anstrich erfolgten Gründung einzuschätzen wissen. Für den Laien sagt aber auch schon die wiederergebene Verlautbarung aus den Kreisen des Arbeitsausschusses zur Gründung dieser Studiengesellschaft, wo des Rubels Kern in der ganzen Sache steckt. Wir können es ruhig sagen, daß man selten in dem Laufe der Jahre eine solche Art einseitiger Interessenpolitik gefunden hat. Auf der einen Seite will man dieser zu gründenden Studiengesellschaft als Aufgabe das Suchen und Streben nach dem wirtschaftlichsten Straßenbefestigungsmittel geben, auf der anderen Seite aber hat man dieses „beste“ Straßenbefestigungsmittel schon in der Tasche — „die Betonstraße!“ Für jeden Kenner der Verhältnisse des Straßenbaues ist diese Art Reklame und Interessenpolitik nur zu gut bekannt. Gewiß, der Zeitpunkt dieses Vorstoßes der Zementindustrie ist außerordentlich gut gewählt. Ohne Zweifel stehen wir vor einem Wendepunkte im deutschen Straßenwesen. Der gewaltig zunehmende Kraftwagenverkehr wird an die Straßen hinsichtlich ihrer Konstruktion neue Forderungen stellen. Es ist aber etwas mehr wie Ueberhebung, wenn von der Zementindustrie in ihren Pressemitteilungen kurz, aber desto unverfrorener, erklärt wird, daß es mit dem Straßenbau, wie er bisher in Deutschland gehandhabt wurde, so nicht weitergehen kann. Wir müssen schon gesehen, daß Verkehrsdichte, Kraftwagenverkehr, Sicherheit der Straße usw. schon vor Jahren die führenden Merkmale des deutschen Straßenbaues beschäftigt haben, die diese Fragen auch teilweise schon der Lösung entgegenführten. Man sehe sich nur die in ihrer Fülle geradezu unerhöpften Arbeiten der Internationalen Straßenkongresse an, und gerade deutsche Kapazitäten des Straßenbaues waren es, die neben solchen aus aller Welt, alle diese Fragen mit einem Zukunftsblick behandelten, so daß man sagen kann, diese in den Berichten der Internationalen Straßenkongresse niedergelegten Richtlinien haben auch heute noch ihre volle Geltung. Allerdings waren es keine unmittelbaren Interessenten, die in dieser Weise dem Straßenbau Ziel und Richtung gaben, wie es der Zementbund ist. Es waren die Leiter der großen deutschen Straßenbauverwaltungen, die in emsiger Arbeit dort für die Entwicklung des Straßenbaues das Beste einsetzten, es waren durchgehends Männer der Praxis! Jene, welche Namen zu nennen, ist angesichts der großen Zahl nicht am Platze.

Der Sinn der Gründung dieser Studiengesellschaft ist ausgesprochen nur, der Betonstraße Freunde zu werben und dem Zementyndikat ein neues Betätigungsfeld zu erschließen. Man spricht von der Beeinflussung der Studiengesellschaft durch dieses Zementyndikat so allerlei; so, daß das Zementyndikat von dem Preise jeder Tonne gelieferten Zementes einen Bruchteil einem Fonds zuführen will, aus dem diese

Studiengesellschaft ihre Unterhalts- und Arbeitsmöglichkeiten schöpfen soll. Es ist zu verstehen, daß sich jetzt die Zementindustrie mit Macht auf den Straßenbau werfen will, denn gerade durch die Entwicklung der letzten Zeit hat sie im Straßenbau mächtig an Terrain verloren. Schon vor über zehn Jahren forderten die Verbände der Straßen- und Kleinbahnen, daß der Beton aus dem Geleiskörper wegen seiner Unwirtschaftlichkeit verschwinden muß. Große Städte verwirklichen jetzt diesen Gedanken in reiflicher Weise. In Berlin wird jetzt ein großzügiges Programm durchgeführt, nach welchem in gesamten Geleiskörper der Straßenbahnen die Straßendecke nur durch gutes Steinpflaster ausgeführt wird. In anderen Städten findet man das gleiche. Aber auch das wird in diesem Zusammenhange angeführt werden, als ob die Betonstraße etwas Neues im Straßenbaue darstelle. Das trifft keineswegs zu! Wir finden in einer ganzen Reihe deutscher Großstädte Betonstraßen, die vor Jahren ausgeführt, aber sich nicht bewährt haben. Überall finden wir in diesem Sinne wahrhaft Straßenzu- und Abgänger, die eine Empfehlung der Betonstraße nicht darstellen. Auf Grund dessen ist auch in der Fachliteratur die Betonstraße mehr wie spärlich vertreten. Wenn nun jetzt mit solchen Mitteln der Betonstraße der Eingang verschafft werden soll, wird dies weiter nichts darstellen, als eines der unzähligen Experimente, die man im Laufe der Jahre kommen und wieder verschwinden sah. Der Zweck der Straße bestimmt die Wahl der Straßendecke. Dieser Grundsatz hat sich durchgesetzt. Das Suchen nach der „Straße der Zukunft“ hat in diesem Sinne schon eine Klärung gefunden. Die Entwicklung aber hat keineswegs im Sinne der Betonstraße entschieden. Wir sehen vielmehr, daß je nach dem Straßenzweck das Steinpflaster und der Asphalt den Straßenbau auch in der Zukunft beherrschen wird.

Wirtschaftsstribe und Gewerkschaftsbewegung.

Die Wirtschaftsstribe, unter deren Druck Industrie und Handel in Deutschland stagnieren, will noch nicht weichen. Gewisse Anzeichen eines sich anbahnenden wirtschaftlichen Aufschwungs lassen sich zwar erkennen. Die Arbeitslosigkeit scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben, denn in den letzten Wochen ist eine weitere Zunahme nicht eingetreten. Dennoch ist die allgemeine Wirtschaftslage noch durchaus unbefriedigend. Wie die gesamte Wirtschaft sind auch die Gewerkschaften von den Wirkungen der Krise nicht verschont geblieben. Auf den Aufschwung, den die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, ist eine Reaktion erfolgt, die in einem nicht unerheblichen Rückgang der Mitgliederzahlen zum Ausdruck kommt. Für die Gewerkschaften und die von ihnen verfolgten Bestrebungen ist das von erheblichem Nachteil, insofern, als sie noch stark unter den Nachwirkungen der Inflation leiden und der Rückgang des Mitgliederstandes nicht dazu beiträgt, ihre Kampffähigkeit zu stärken. Das ist im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse, wie im Interesse der Arbeiterschaft zu bedauern. Gleichwohl erscheint es als verfehlt und übertrieben, wie es z. B. in Artikeln einzelner Gewerkschaftsorgane geschehen ist, im Hinblick auf diese Verhältnisse von einer Gewerkschaftsstribe zu reden. Das muß den Eindruck hervorrufen, als ob man es in diesem Rückgang der Mitgliederzahlen mit einem abnormen, in Wesen und Taktik der Gewerkschaften begründeten Zustand zu tun hätte, der nur durch entsprechende organisatorische und taktische Änderungen zu beseitigen sei.

Das ist keineswegs der Fall. Den Beweis dafür dürfen wir allein schon darin erblicken, daß die Gewerkschaften trotz ihrer unzulänglichen Schwächung durch Inflation, Wirtschaftsstribe und Mitgliederabgang bis jetzt in der Lage waren, die auf Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnabbau sowie Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gerichteten Vorstöße der Unternehmer im allgemeinen mit Erfolg abzuwehren. Die Kampffähigkeit der Gewerkschaften, die Solidarität der Arbeiter wurden durch die von den Unternehmern injizierten Ausperrungen sowie die von ihnen häufig provozierten Streiks auf eine harte Probe gestellt, die sie im großen und ganzen, zum Teil wider alles Erwarten gut bestanden.

Die Klagen über Schwankungen der Mitgliederbewegung, über die Fluktuation der Mitglieder bei den Gewerkschaften sind so alt, wie die Gewerkschaftsbewegung selbst. Zu allen Zeiten hat man sich mit ihr beschäftigt und Maßnahmen erwogen, wie dieser bedauerlichen Erscheinung am besten beizukommen sei, wie man sie, wenn nicht völlig beseitigen, so doch auf ein Mindestmaß beschränken könne. Das Resultat dieser Erwägungen sind die Unterstützungsleistungen nach der Mitgliederzahl usw. Es wurde damit eine Besserung erreicht; dennoch hat es an Rückschlägen nicht gefehlt. Hierzu braucht nur an die erhebliche Mitgliederabnahme in den letzten Kriegsjahren sowie der auf die Beendigung des Krieges zunächst folgenden Zeit erinnert zu werden. Dieser Rückgang schien unaufhaltsam, bis plötzlich mit Beginn des zu einer Scheinblüte erwachenden Wirtschaftslebens eine Wendung eintrat und die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zu bis dahin nie erreichter Höhe anschwellen ließen.

Wenn nun wieder ein Rückschlag festzustellen ist, so darf das nicht entmutigen oder zu besonderen Befürchtungen Anlaß geben. Ebensowenig aber dürfen sich die Gewerkschaften wie ihre Mitglieder mit der gegebenen Tatsache abfinden und glauben, daß es wieder anders werden muß. Jeder derartige Vorgang muß einer ernsthaften Untersuchung unterzogen werden, um die Mängel aufzufinden, die noch in dem Aufbau der Gewerkschaftsbewegung vorhanden sind und umfangreichere Mitgliederabnahmen möglichst machen. Die vorliegenden Verhältnisse zeigen, daß die bisherigen Bemühungen der Gewerkschaften, zur Verhinderung einer derartigen zeitweiligen Abplitterung erheblicher Mitgliederzahlen noch nicht in dem Maße wirksam waren, wie es der Fall sein sollte. Als Ursache des jetzigen Mitgliederabganges sind im wesentlichen die gleichen Verhältnisse wie früher wirksam. Ihnen gefellen sich die kommunisistischen Zersplitterungsbestrebungen bei, die man aber nicht zu hoch einzuschätzen braucht. Allen von dort ausgehenden Bestrebungen entgegen hat sich die Gewerkschaftsbewegung stark genug erweisen, um dadurch nicht ernstlich erschüttert zu werden. Die durch sie herbeigeführten Mitgliederverluste sind verhältnismäßig gering. In der Hauptsache sind es vielmehr wirtschaftliche Gründe, die den Mitgliederabgang verschulden: Arbeitslosigkeit, Verringerung des Berufs, Verbitterung und Not, Enttäuschungen infolge mangelnder wirtschaftlicher Einsicht und nicht zuletzt Gleichgültigkeit.

Daß unter den Wirkungen der Wirtschaftsstribe wie Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnausfall die Lebensenergie des Arbeiters zermüht, er in der Sorge um den notwendigen Lebensunterhalt für sich und seine Familie mißgestimmt, zu Zweifeln an sich und anderen getrieben wird, ist nur begreiflich. Die Not bringt nur zu oft sonst ganz klare Köpfe in Verwirrung und verführt sie zu Handlungen, die sie unter anderen Umständen selbst verurteilen würden. Derartige Umstände erklären auch, warum in Zeiten des ökonomischen Niedergangs von wirtschaftlich naiven Phantasien oder gerissenen Demagogen hervorgerufene Bewegungen trotz der Unsinngigkeit der von ihnen als Heilsbotschaft verkündeten Lehren einen mehr oder minder starken Anhang gewinnen, der sich bei Wiederkehr besserer Verhältnisse schnell wieder verflüchtigt. Der Kommunismus ist mit einer dieser Erscheinungen, für deren Abwärtswirkung genau wie für den Antisemitismus, den Syndikalismus und sonstigen Ismen die Zeit kommen wird, wo sie lediglich eine Episode menschlicher Geistesverwirrungen innerhalb der Wirtschaftsgeschichte gewesen sein werden.

Die Gewerkschaften haben durch ihre organisatorischen Einrichtungen dafür Sorge getragen, daß Arbeitslosigkeit und Not kein Grund zu sein braucht, der Organisation den Rücken zu kehren und der überzeugte Gewerkschafter, dem die Zugehörigkeit zu seinem Verband in Fleisch und Blut übergegangen, die Organisation zu einem Teil seines Lebensinhalts geworden ist, verläßt deshalb seine Fahne nicht. Aber wie viele haben wir noch, die diese Festigkeit nicht besitzen, die erst nach dem Kriege, einem augenblicklichen Impuls folgend, angezogen von den sich überstürzenden Lohnbewegungen der Inflationszeit oder gedrängt von ihren Kollegen in die Gewerkschaftsbewegung eingetreten sind, ohne dort festen Fuß gefaßt zu haben. Die kurze Zeit ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit genügt nicht, sie von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung für die Besserung der Lage der Arbeiter, wie einer fortschrittlichen Entwicklung der Wirtschaft zu überzeugen.

Schon seit langem war man sich in der Leitung der Gewerkschaften über die Unzulänglichkeit der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit klar. Ihrer Erweiterung stellten sich aber unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. In einer Zeit, wo jeder Tag neue Lohnbewegungen brachte, die finanzielle Lage der Gewerkschaften sich fortgesetzt verschlechterte, ihre Presse, sowie organisatorisch und agitatorisch wertvolle Kräfte abgebaut werden mußten, die verfügbar bleibenden aber unter der Last der Tagesarbeit fast zusammenbrechen, blieb für die gewerkschaftliche Erziehung und Schulung der Mitglieder nichts übrig. Die heraus entstandenen Folgen berechtigten deshalb zu keinen Vorwürfen, zwingen aber dazu, aus ihnen die notwendigen Lehren zu ziehen. Der jetzt wieder vertretenen Auffassung, daß der Rückgang der Mitgliederzahl eine Sonderung des Weizens von der Spreu gebracht habe, dürfen sich die Gewerkschaften nicht anschließen. Zur Durchführung der von ihr angestrebten Ziele braucht die Gewerkschafts- wie die politische Arbeiterbewegung wenn nicht die Gesamtheit, so doch die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft. Diese zu gewinnen, und unlosbar mit ihr zu verbinden, muß deshalb unausgesetztes Streben sein, das keine Enttäuschung vermindern darf. Das Mittel dazu ist die wirtschaftliche und politische Aufklärung, die Unterrichtung der Mitglieder über die unsere Wirtschaft wie die gesellschaftliche Entwicklung bewegenden Zusammenhänge, kurz intensivste gewerkschaftliche Erziehungsarbeit, der sich die Gewerkschaften mehr denn je widmen müssen.

Die Wochenhilfe der Krankenkassen und die Wochenfürsorge.

Bis zum Dezember 1914 hatten Anspruch auf Wöchnerinnenunterstützung während einiger Wochen (4 bis 8 Wochen) in der Regel nur die weiblichen Krankenkassenmitglieder, und zwar auch nur dann, wenn sie im letzten Jahre vor ihrer Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch Mitglied einer Krankenkasse gewesen waren. Mit der Gewährung eines Wöchengeldes in Höhe des Krankengeldes erschöpfte sich übrigens für die Mehrzahl der weiblichen Versicherten die Wochenhilfe der Krankenkassen. Nur wenige Vorstände und Ausschüsse von Krankenkassen hatten von dem ihnen zustehenden Rechte Gebrauch gemacht und gewährten auch Unterstützung bei Erwerbsunfähigkeit infolge Schwangerschaftsbeschwerden und eventuell Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe Recht gering war auch die Zahl der Krankenkassen, die die Familienunterstützung eingeführt hatten und auf diese Weise nichtversicherten Ehefrauen von Kassenmitgliedern ganz oder teilweise die Wochenhilfe gewährten, auf welche weibliche Kassenmitglieder Anspruch hatten.

Der Kreis der Frauen, die Wochenhilfe erhielten, war vor dem Kriege also nicht besonders groß. Alle übrigen unbemittelten und hilflosbedürftigen weiblichen Personen waren, auch wenn sie Wutter wurden, auf die Armenfürsorge angewiesen.

Durch die Verordnung betreffend die Kriegswochenhilfe des Reichs vom 3. Dezember 1914 wurde der Kreis der unterstützungsberechtigten Personen wesentlich erweitert, und es wurde durch die Verordnung zum ersten Male eine Verpflichtung des Staates zur Hilfeleistung an Frauen, die Mütter werden, anerkannt. Die Hilfe des Staates beschränkte sich freilich zunächst nur auf die Ehefrauen von Kriegsteilnehmern, die einer Krankenkasse angehörten bzw. bis zum Kriegsbeginn angehört hatten. Diese Beschränkung aber wurde bald darauf, zuerst durch die Bekanntmachung vom 28. Januar 1915, aufgehoben. Anspruch auf die Kriegswochenhilfe des Reichs hatten nun an neben Kriegerfrauen alle Frauen, deren Einkommen eine bestimmte Grenze nicht überstieg.

Die Kriegswochenhilfe des Reichs aber hat nicht nur den Kreis der anspruchsberechtigten Personen erweitert, sie hat auch die Leistungen der Wochenhilfe — auch die der Krankenkassen — durch Ausdehnung der Unterstützungsdauer, durch Gewährung von Beihilfen bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden und durch Zahlung eines Stillgeldes, erhöht. Ein unterstützungsberechtigtes weibliches Krankenkassenmitglied hatte zum mindesten das gleiche zu beanspruchen wie eine nicht einer Krankenkasse angehörende Kriegerfrau oder eine andre minderbemittelte Frau, die aus der Kriegswochenhilfe Unterstützung erhielt. In zahlreichen Fällen aber waren die weiblichen Krankenkassenmitglieder besser daran als die übrigen Unterstützungsempfängerinnen, weil die Höhe des Wöchengeldes und des Stillgeldes für sie nach den Sätzen bemessen

wurde, die ihre Rasse als Kranke gewährt, falls das Krankengeld höher war als das Krankengeld der Kriegswochenhilfe.

Nach Beendigung des Krieges ist die Einrichtung der Kriegswochenhilfe zunächst beibehalten und durch entsprechende Verordnungen und Gesetze den ererbten Verhältnissen angepaßt worden.

Es werden jetzt drei Gruppen von Wöchnerinnen unterschieden:

1. selbstversicherte weibliche Personen (Wochenhilfe),
2. die Ehefrauen sowie solche Töchter, Stief- und Pflegetöchter der Versicherten, welche mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, soweit sie nicht auf Grund eigener Versicherung einen Anspruch auf Wochenhilfe haben (Familienhilfe),
3. minderbemittelte sonstige Wöchnerinnen (Wochenfürsorge).

Die Ansprüche der Krankenkassenmitglieder und der weiblichen Familienangehörigen von Kassenmitgliedern, die Anspruch auf Familienhilfe haben, regelt jetzt die Verordnung über die Wochenhilfe vom 31. Juli 1924; die Ansprüche der übrigen unbemittelten weiblichen Personen die Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924.

Die Leistungen für die ersten beiden Gruppen bestehen gleichlautend in:

1. ärztlicher Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird;
2. einem einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden;
3. einem Wochengeld für vier Wochen vor und sechs zusammenhängenden Wochen unmittelbar nach der Niederkunft;
4. ein Stillscheld bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft.

Für die unter 2 genannte Gruppe von Wöchnerinnen werden pro Tag 50 Pfennig Wochengeld und 25 Pfennig Stillscheld gewährt. Zu berücksichtigen ist, daß das Stillscheld in den ersten sechs Wochen nach der Niederkunft neben dem Wochengeld zur Auszahlung kommt.

Diese Beträge müssen den selbstversicherten Wöchnerinnen (Gruppe 1) ebenfalls gewährt werden. Sie haben aber Anspruch auf höhere Beträge, wenn sie in einer Beitragsklasse versichert sind, wo ihnen ein höherer Betrag als Krankengeld zusteht. In solchem Falle erhalten sie ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes und ein Stillscheld in Höhe der Hälfte dieses Betrages.

Die weiblichen Kassenmitglieder können die Wochenhilfe auch für die Dauer von 13 Wochen beziehen, wenn die Kassenführung dies vorsieht, die übrigens auch ein Wochengeld festsetzen kann, das höher ist als das Krankengeld. Das Stillscheld steigt in solchen Fällen automatisch. Es kann auf die Dauer von 26 Wochen gezahlt werden.

Außerdem können weibliche Kassenmitglieder in den vier Wochen vor der Entbindung neben dem Wochengeld Krankengeld beziehen. Das Wochengeld muß den weiblichen Kassenmitgliedern für die Zeit von vier Wochen vor der Entbindung auch dann gezahlt werden, wenn sie in dieser Zeit gearbeitet haben. Arbeiten sie in den sechs Wochen nach der Entbindung, so kann ihnen das Wochengeld in dieser Zeit auf die Hälfte gekürzt werden, ganz entzogen werden darf es nicht.

Auf diese Mehrleistungen haben die zur Gruppe 2 zählenden Frauen keinen Anspruch. Den weiblichen Kassenmitgliedern können sie aber nur dann gewährt werden, wenn diese in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens zehn Monate hindurch, im letzten Jahre vor der Niederkunft aber mindestens sechs Monate hindurch einer Krankenkasse als Mitglied angehört haben, und wenn sie bei Eintritt des Unterhaltungsfalls (das ist der Tag der Niederkunft) noch Kassenmitglied sind oder sechs Wochen vor der Niederkunft wegen Schwangerschaftsbeschwerden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung und damit aus der Krankenkasse ausgeschieden sind.

Darum ist es so ungeheuer wichtig, daß Frauen, die aus versicherungspflichtiger Beschäftigung ausscheiden, ihre Mitgliedschaft bei der Krankenkasse fortsetzen. Viele Arbeiterinnen unterlassen dies häufig, auch dann, wenn sie ein Kind erwarten, und wiederholten eindringlichen Mahnungen an sie. Sie sagen sich, wenn ich in Arbeit trete, werde ich ja sofort wieder Mitglied einer Krankenkasse und Unterstützung bei der Niederkunft erhalte ich ja sowieso.

Was das letztere betrifft, so können sie heute, nach Inkrafttreten der Verordnung über die Fürsorgepflicht, unter Umständen eine sehr große Täuschung erleben, und in bezug auf das erstere übersehen die Frauen, daß sie beim Wiedereintritt in eine Krankenkasse, nachdem sie ausgeschieden waren, wieder neues Mitglied werden. Für eine ganze Reihe von Kassenleistungen — und zu diesen zählt die Wochenhilfe — ist aber längere Mitgliedschaft von größtem Vorteil. Darum rechtfertigt sich die wiederholte Mahnung an die Arbeiterinnen, nach Möglichkeit auch nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse fortzusetzen. Bei den Frauen, die ein Kind erwarten, ist diese Mahnung heute mehr als je angebracht.

Die Wochenfürsorge, also die Unterstützung hilfsbedürftiger Frauen, die keiner Krankenkasse angehören oder noch nicht lange genug Mitglied gewesen sind, ist nach der Verordnung über die Fürsorgepflicht jetzt Aufgabe der Gemeinden und der Länder. Die Fürsorgepflichtverordnung unterläßt es, diesen die Sätze vorzuschreiben, die als Mindestleistungen zu gewähren sind. Sie sagt nur: „Hilfsbedürftigen Schwangeren und Wöchnerinnen ist die erforderliche Fürsorge zu gewähren.“ Ob alle Gemeinden als Wochenfürsorge die Sätze der Familienwochenhilfe zur Auszahlung gelangen lassen (was vor Inkrafttreten der Fürsorgepflichtverordnung der Fall war), ist noch fraglich. Auf jeden Fall aber muß vor Gewährung einer Unterstützung an solche Frauen immer erst die Bedürftigkeit festgestellt und anerkannt werden, während den weiblichen Krankenkassenmitgliedern, die Anspruch auf Wochenhilfe haben, ein Rechtsanspruch auf diese auf Grund ihrer Beitragsleistung zusteht.

Deshalb sei die Mahnung an alle Arbeiterinnen hier wiederholt:

erhaltet euch die Mitgliedschaft in der Krankenkasse auch nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung. Wie außer durch längere Mitgliedsdauer noch auf andere Weise die Kassenmitglieder sich höhere Kassenleistungen schaffen und sichern können, soll in einem späteren Aufsatz geschildert werden. Gertrud Hanna.

Die sozialpolitischen Regierungsvorlagen.

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichstag eine Anzahl sozialpolitischer Entwürfe vorgelegt, die sämtlich auf den Washingtoner Konventionen beruhen. Erst jetzt soll der Reichstag zu ihrer Ratifizierung schreiten, und zwar empfiehlt die Regierung die Ratifizierung eines „Übereinkommens“ — aus sechs in Washington getroffenen, und außerdem von sechs „Vorschlägen“. Das Übereinkommen (Konvention), das ratifiziert werden soll, behandelt die Arbeitslosigkeit und macht der Regierung zur Pflicht, dem internationalen Arbeitsamt in möglichst kurzen Zeiträumen, mindestens aber alle drei Monate, genaue statistische Angaben über die Arbeitslosigkeit und die Maßnahmen zu ihrer Befämpfung mitzuteilen. Ferner ist ein System öffentlicher Arbeitsnachweismittel einzurichten, die unentgeltlich arbeiten. (Gegenwärtig werden diese Nachweismittel zum größten Teil von den Beträgen der Arbeiter und Arbeitgeber erhalten, indem ihre Kosten aus den Mitteln der Erwerbslosenversicherung gedeckt werden.) Wichtig ist die weitere Bestimmung des Übereinkommens, demzufolge das Arbeitsamt im Einverständnis mit den beteiligten Ländern auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Arbeitsnachweise der einzelnen Länder hinzuwirken habe. Hier liegt ein Anlaß zur internationalen Regelung vor, der deshalb Beachtung verdient. Von den übrigen fünf Konventionen betrifft die wichtigste die achtstündige Arbeitszeit. Nach der Zusammenkunft der Arbeitsminister in Bern ist zu hoffen, daß endlich auch dieses Übereinkommen ratifiziert wird. Damit können auch die drei andern Übereinkommen, die mit der Regelung der Arbeitszeit zusammenhängen und die Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen sowie das Mindestalter für die Zulassung der Kinder zur gewerblichen Arbeit betreffen, ebenfalls ratifiziert werden. Das sechste Übereinkommen bezieht sich auf die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft. Die Regierung und der Reichsrat haben trotz der Befürwortung des Reichswirtschaftsrats die Ratifizierung dieses Übereinkommens nicht empfohlen.

Die sechs Entwürfe, die dem Parlament vorgelegt wurden, entsprechen den sechs „Vorschlägen“ der Washingtoner Konferenz. Von ihnen bringen nur drei wesentliche Neuerungen, die Vorschläge über die Arbeitslosigkeit, den Schutz der Jugendlichen und der Frauen gegen Arbeitslosigkeit und die Schaffung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes. In bezug auf die Arbeitslosigkeit wird die Verteilung der öffentlichen Arbeiten möglichst in Zeiten der Arbeitslosigkeit anempfohlen, eine Maßnahme, die in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren mit Erfolg durchgeführt wurde. Die gemeinschaftlichen Arbeitsnachweismittel sollen verboten werden; ein kurzer bestimmter Termin für die Schließung dieser schädlichen Institute ist bedauerlicherweise nicht vorgesehen. Anwerbungen von Arbeitergruppen in einem andern Lande werden einer internationalen Regelung unterworfen. Der Schutz der Jugendlichen und der Frauen soll in der Weise weiter entwickelt werden, daß die Altersgrenze für die Jugendlichen von 16 auf 18 Jahre hinaufzusetzen und daß künftig die Beschäftigung der Jugendlichen und der Frauen noch bei einer Anzahl weiterer, im einzelnen aufgezählter Arbeitsverrichtungen gesundheitsgefährdender Natur zu unterliegen ist. Die Schaffung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes soll die Aufstellung eines besonderen, mit dem Schutze der Gesundheit der Arbeiter betrauten öffentlichen Dienstes bedeuten, der neben der Gewerbeaufsicht tätig ist. Richtig ausschlaggebend bedeutet dieser Vorschlag mehr als die Zuteilung einiger Gewerbetätigen an die deutsche Gewerbeaufsicht, was bereits früher erfolgte. Die übrigen drei Vorschläge betreffen die Gegenseitigkeit in der Behandlung der ausländischen

Arbeiter, die Verhütung des Mißbrauchs und das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor in der Zündholzindustrie. Der erste Vorschlag in bezug auf die ausländischen Arbeiter bedeutet für die deutsche Praxis keine Neuerung, doch kann die Ratifikation für die deutschen Arbeiter im Ausland von Vorteil sein. Das Phosphorverbot ist bereits seit längerer Zeit in Gültigkeit. Die Erkrankung an Mißbrauch kommt aber in der deutschen Textilindustrie sehr selten vor.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Lohnkämpfe. Streik in Mainz; in Buchenau (Eisenerz Steinwerke); in Nürnberg (Marmorarbeiter); in Lübeck (Steinmehlen); in Zeitz (Straßenbauwerkzeuge).

Zugzug fernhalten: Von Raumbach in Murgtal (Schwarzwaldbau). Es kommen hier die Betriebe der nachstehenden Firmen in Frage: Meier, Geiser u. Trentini.

Geisler. Im Reg.-Bez. Merseburg sämtliche Steinschleifbetriebe wegen Lohnunterschieden. In Friedberg (Hessen) Platz der Firma D a m m. Der Steinmetzmeister D a m m scheint ein recht raufstülpiger Arbeitgeber zu sein, denn nach uns vorliegenden Mitteilungen ist seine stehende Redensart zu den Steinmetzen: „Schläge dir das Hirn ein!“

Wer nun diesen Arbeitgeber von seiner Kraftmeierei gründlich kurieren kann durch eigene Muskelkraft, der mag dort anfangen. Wer das nicht liebt, meide den Platz. Leider haben wir im „Steinarbeiter“ oft von dem starktunenden Herrn Ingerate aufgenommen, ohne zu wissen, wie er mit den Steinmetzen umzuspringen beliebt.

Erlebte Kämpfe. Der Streik der Marmorarbeiter in Effen; Der Stundenlohn wurde auf 90 Pfg. festgesetzt.

Oberbayerische Marmorindustrie. Die Stundenlöhne aller Berufsgruppen erhöht sich ab 25. September um 10 Prozent. Pfenningbruchtelle sind hierbei auf volle Pfenninge nach oben abzurunden.

Die Betriebsvertretung. Lange bevor es eine gesetzliche Betriebsvertretung gab, hatten in der Steinindustrie die Steinmetzen ihre Betriebsvertretung in der Ueberlieferung alter, zünftiger beruflicher Rechte, im sogenannten „Budenrecht“. Dies Recht, besonders auf den Werplätzen der Sandsteinbearbeitung, wagte bis Ende der 90er Jahre und noch darüber hinaus, kein Arbeitgeber, kein Polier anzutasten. Es wurde respektiert in der Hauptsache von den alten Steinmetzmeistern, die, wie man so sagt, von der Waise auf gedient hatten. Je mehr dieser Typ verschwand, desto mehr regten sich auch die das Budenrecht abbauenden Kräfte in den neueren Betriebsleitungen. Nur wo diesen ein zäher Wille, beruflicher Zusammenhalt und nebenbei auch Steinmetz-Qualitätsarbeit gegenüberstand, haben sich die Budenrechtsüberlieferungen bis heute erhalten. Allerdings ist es nicht mehr das frühere Recht, sind es nicht mehr die früheren beruflichen Gelehenrechte. Die veränderten Produktions- und Betriebsverhältnisse in der gesamten Steinindustrie haben das frühere Budenrecht verschwinden lassen, und wo es noch hochgehalten wird, ist es nur ein wässriger Abguss von dem, was früher bestand; gleicht einem Messer ohne Klinge.

Jetzt ist die übliche und sogar „gesetzlich verankerte“ Betriebsvertretung der Betriebsrat und der Betriebsobmann. Beides vor Jahren eine heikumstrittene Einrichtung, die neuerdings nach außen hin immer mehr zu verfallen scheint. Diese Vertretungen sind jetzt die Wortführer der im Betrieb Beschäftigten, sie sind die Hüter und Beschützer der Arbeiterrechte im Betrieb und, wenn man will, jener im Arbeitsprozess. Was früher in unserm Beruf im Betrieb der Altklasse, dann später der Betriebsvertrauensmann befasste, ist nunmehr auf die gesetzlichen Betriebsvertretungen im erweiterten Maße übergegangen. Erweitert auch insofern, daß nicht mehr allein die Macht des Zusammenschlusses der Arbeiter den Arbeitgeber zur Anerkennung der Betriebsvertretung zwingt, sondern einfach das formale Recht. Wirkt nun beides auf zusammen, dann bedeutet eine Betriebsvertretung die entsprechende Bedeutung. Natürlich ist die Personenfrage dabei nicht ohne Belang, und wenn diese Personen ihre Funktion voll erfassen, dann ist die ihnen auferlegte Verantwortung durchaus keine angenehme Bürde. In fast allen Betrieben, nicht nur in der Steinindustrie, bilden die Betriebsvertretungen allgemein den Brellbock zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Ja, je nach den Charaktereigenschaften des Betriebsinhabers oder seiner bevollmächtigten Vertretung und deren Verständnis für das Arbeitermitleid und der in ihm wurzelnden Lebensnot können zwischen Belegschaft bzw. ihrer gesetzlichen Vertretung und dem Betriebsinhaber resp. dessen Bevollmächtigten andauernd recht zugespitzte Verhältnisse bestehen. Sind nun solche unerfreuliche Zustände im Betriebe vorhanden, dann liegt es in den meisten Fällen an dem Verhalten der Arbeiter-Betriebsvertretung. Wer von den Leitern über eine jahrelange Praxis in den amtlichen und beruflichen Schlichtungsstellen verfügt, wird befähigt sein können, daß es unter den Arbeitgebern Charaktere gibt, die nur wenige Minuten mit einem der bei ihnen beschäftigten Arbeiter zu reden brauchen.

Einer aus der Familie.

Aus irgendeinem Wetterwinkel Norddeutschlands, wo die Berge in die Tiefen verlaufen, erhält die Redaktion folgende Zuschrift:

„Ich möchte am „Steinarbeiter“ gelegentlicher Mitarbeiter werden, um an der Stelle „Unter dem Strich“ hin und wieder meine Meinung über verschiedene Dinge und Vorkommnisse im Verband und im täglichen Leben sagen zu können. Man nennt mich „Hannes“, und weil ich mich schon viele Jahre recht und schlecht mit Steinklopfen tatsächlich durchs Leben klopfe, nennen mich alle Leute im hiesigen großen Umkreis, im guten wie im bösen, kurzweg den „Steinklopfer-Hannes“. Die Steine, die ich klopfe, sind jedoch keine solchen, wie sie der Architekt oder Baumeister verlangt, auch keine Steine, wie sie zur Prosigne oder arbeitsamen Schmückung für die Ruhestätten Gestorbener dienen und die von den Steinklopfern der höheren Schulung in edlerer Arbeit zurechtgegriffen und gemeißelt werden. Diese „höheren“ Kollegen vom Nach tragen einen blauen Schurz oder gar einen weißen Kittel. Auch klopfe ich keine Steine im großen Würfelformat, wie sie von den „Bauhändlern“ — das sind bei mir zu Hause die Straßenpflasterer und ihre Hilfsarbeiter — mit mehr Bedacht wie Sand, hübsch säuberlich und auch nicht säuberlich aneinander gereiht werden. Di werden sogenannte Würfel, die mehr rund wie edle sind, direkt in die Erde gerammt; dieses Pflaster „freut“ dann jeden Radfahrer, mehr noch jede Radfahrerin, wegen der Stöße von unten. Also, auch solche Steine klopfe ich nicht, sondern ganz einfache Chausseesteine. Dazu brauche ich keinen Winkel, keinen Zirkel, kein Eisen, kein Nivellierinstrument, nur einen lausstieligen Hammer, der auf beiden Seiten „Schneid“ hat.

Der Gemeindevorstand in meinem Wohnort, der mir aller zwei Wochen mit krauser Stirn und bekräftigter Amtsmiene den Steinklopferlohn umständlich ausschüttet, ist ein gelahrter Mann. Der sagt zum Beispiel schon seit einigen Jahren nicht mehr „Chausseesteine“, er nennt meine geschlagenen Steine „Schotter“. Erst wollte mir diese neumodische Bezeichnung nicht recht in den Sinn, und ich habe damals unter meinem Sonnens, Winds- und Regenschutzbach aus Stroh lange gestöhnt, bis ich hinter die volle Bedeutung kam. „Schotter“ ist nämlich die Abkürzung für „Steinklopfschlag“, der zur Befestigung von Straßen dient“. Unter Kreis-Straßenmeister — nebenbei gesagt ein recht patriotischer Beamter und mein eigentlicher Vorgesetzter —, der sagt auch nicht etwa „Befestigung der Straße“, der sagt dafür „Befestigung“. Das ist nun einmal der Fortschritt, und wenn ich dabei so richtiggehend mitschreiten wollte, müßte ich auch meine Vorgesetzten darauf bestehen, daß ich nicht mehr als „Steinklopfer-Hannes“ angeredet werde. Sie und ich müßten sagen: „Bitte, immer mit der Zeit gehen, es heißt künftig „Schotter-Johann“. Die Vorgesetzten sind nun leider in solchen Fragen für andre, besonders für „Untergebene“, weniger anregend, und ich habe es dann

auch nicht verlangt; denn nach kurzem Nachdenken habe ich mir gesagt: Nichts klebt fester am Menschen wie ein ihm angehängter Name! Dann glaube ich auch ganz bestimmt, daß niemand auf meine Fortschritt-Anregung geachtet hätte, unter Viehdoktor beispielsweise hätte womöglich nach meinem Puls gefühlt, die Zunge beschaugt und mir gar irgend etwas Schlipfriges zum Einnehmen verschrieben. Deshalb behalte ich lieber meinen eingewurzelten Namen.

Von meinem sonstigen Leben berichte ich ein andermal, denn man darf durchaus nicht beim ersten Vorstellen gleich seinen ganzen Lebenslauf auseinanderblättern, wie ich es oft an meiner Landstraßen-Steinklopfertelle von andern erlebe. Es kommt vor, daß so ein Landstraßen-Arbeitsloser sich zu mir gesellt, nach diesem oder jenem fragt und, ohne daß ich irgendein Verlangen äußere, höre ich von ihm den Lauf seines Lebens bis zu meinem Steinhaufen in meinen Ohren klingen. Mein Schwarzbröt und mein Pfeifenkraut, sogar mein Köllchen Kautabak hat infolgedessen gar nicht selten Mitleid. Recht bunte Lebensbilder in grau, grün und rot vermischen sich dann durch die Erzählungen mit meinen Steinplättchen, und je nach meinem Weiterleben des Geförnten fällt dann mein Hammer k l i c k e r u n d h ä r t e r auf den zu zerkleinernden spröden Steinbrocken. Merkwürdig ist, daß manches Leben viel Ähnlichkeit hat mit einem solchen ungefügen, spröden Steinbrocken, sogar mit meinem langstieligen Hammer, und a l l e r Leben ähnelnd dem großen Haufen, auf den ich des gelahrten Gemeindevorstehers „Schotter“ werfe, der dann von dem patriotischen Straßenmeister verteilt wird zur „Befestigung“ aller jener Wege, die von vielen gepflagten Wanderern benutzt werden, um zum Ziel zu gelangen.

Diese Vergleiche ziehe ich oft, wenn ich tagaus, tagein meine Chausseesteine klopfe. Obwohl jeder Stein eine andre Form, ein andres Aussehen hat, entstehen niemals trotz meiner immer gleichen Tätigkeit auch gleiche Steine. Auf den Haufen geworfen, sind sie freilich alle gleich! Doch, ich wollte nicht in diesem Schreiben in die Steinklopferei-Phantasie hineingeraten, aus der mich am Tage die Autofaxe mit ihrer Hupe, mehr noch ihr unangenehmer Geruch und vor allem der hinter ihnen herwedelnde schreckliche Staubschweif ausschrecken. Dieser Staub macht alles matt, legt sich auf den Baum- und Strauchschang, ermüdet das Wachstum und lastet auch schwer auf mir und meinem Blasebalg und auf meinen Gedankenpaarergängen. Von diesen Spatzergängen beim Steinklopfen werde ich, wenn es dem Redakteur und natürlich auch den Lesern zusagt, gelegentlich etwas bringen. — Von den Steinklopfern aus den andern höheren Fakultäten habe ich nun schon vieles lesen können, denn seit Jahren lese ich meine Berufszeitung von Anfang bis Ende durch. Nicht alles fand und findet meinen Beifall, und wenn ich dann so die Woche über unter meinem Wetterhahn mir alles noch einmal durchdenke und dabei die Steine mit mehr oder minderer Wut verprügele, daß die Funken fliegen, dann gilt mancher seine Hieb und mancher h a r t e Schlag

unter gemeinsamen Sache oder dem unbefriedigenden Vorkommnis, wovon ich im „Steinarbeiter“ gelesen habe. Denn handle ich bei meiner Arbeit nach der Stelle im „Lied des Steinklopfers“ von S e n e c a, wo es heißt:

„Dich will ich kriegen, du harter Blocken, die Splitter fliegen, der Sand stäubt auf ...“

Die Berufsgenossen dürfen aber nicht denken, daß ich hier so ganz allein stehe. In der Arbeit schon! Habe sogar mehrere Vorgesetzte, und allen würde es recht gut tun, wenn sie jede Woche abwechselnd unter meinem Schutzbach mit meinem Hammer arbeiten müßten und natürlich auch ein vorgeschriebenes Maß, in Haufen gedacht, zu liefern hätten. Im Nachbarort schaffen Steinbrecher und besser geschulte Steinklopfer, die edlere Arbeit am Stein leisten, ihre Abfallbrocken verarbeitet ich. Als ich mich vor einigen Jahren zum erstenmal in ihrer Versammlung einfand, hat gewiß mancher von ihnen gedacht, und einige jagten es rundheraus: „Was will denn der Steinklopfer-Hannes bei uns?“ Jetzt bin ich immer dort! Die Jahre haben meinen Blick geklärt, ich habe Schein und Wirklichkeit unterscheiden gelernt. Neben im großen Kreis, in dem alle Blicke an mir herumbohren, ist meine schwache Seite, und wenn ich am Spätabend von solchen Versammlungen meinem Heim zuwandere, halte ich in Gedanken manche Rede, wozu ich in den Versammlungen immer die Gelegenheit verpasse. So bin ich nun auf den Gedanken gekommen, im „Steinarbeiter“ mitzuarbeiten. Wohl begreife ich, daß Luft und Liebe zu dieser Sache gehört und vor allem auch eine eigene Meinung. Das letztere und das erstere hat der Steinklopfer-Hannes immer gehabt, und wenn nun der Redakteur meinen vom Steinklopfen und Wind und Wetter steifen Fingern und auch sonst etwas nachhilft und allzu spröde Gedankengänge zurechtbiegt, werden wir uns schon vertragen. Es grüßt die vielseitige Steinsunft mit ihrer Kunst, der

Steinklopfer-Hannes.

Proletenlied.

Ich bin ein Prolet und du ein Prolet;
Wir lieben das Leben, wir sehen sonst nichts
Als um uns die Erde, die ewig sich dreht,
Täglich voll Schatten und Sonnenlichts.
Und unsern Tag, der einmüßig steht —
Wir schaffen und sorgen und haben sonst nichts.
Die Woche geht um, der Sonntag verweht,
Da suchen wir was und finden doch nichts.
Die Jahre gehn um wie die Jugend verweht,
Wir haben gedurft und haben doch nichts.
Ich bin ein Prolet und du ein Prolet,
Wir bauen die Zukunft, sonst haben wir nichts.

Julius Zerjak.

um gleich „in Wolle“ zu geraten. Sie sind einfach ungenießbar und gänzlich unzugänglich, damit natürlich auch völlig ungeeignet im Verkehr mit „ihrer“ Arbeiterkraft. Die neuere Zeit ist spurlos an der geistigen Einstellung solcher Arbeitgeber vorübergegangen, sie besitzen nicht in die heutige Periode, sind mindestens 60 Jahre zu spät-Unternehmer oder Arbeitgeber geworden. In der Steinindustrie und im Straßenbaugewerbe haben wir davon nicht wenig. Die einzelnen Zahlstellen werden auf diesem Gebiet sicher ihre Erfahrungen aufweisen können.

Mit solchen Arbeitgebern kann eine Betriebsvertretung nur verhandeln und ihre Funktion ausüben, wenn sie energisch auf ihre Paragraphenrechte im Betriebsratsgesetz pocht und natürlich seine gesetzlichen Bestimmungen durchaus beherrscht. In solchen Fällen wird schwerlich eine Betriebsvertretung herauswachsen, die gern und willig die Bürde trägt. Kommt nun dazu noch Unverständnis über die Machtbefugnisse eines Betriebsrates oder Betriebsobmannes durch einzelne oder gar mehrere Belegschaftsmitglieder, dann kann dem Betriebsratsverantwortlichen das Leben recht lauer gemacht werden. Vorgänge dieser Art sind leider Veranlassung, daß in nicht wenigen Betrieben die Betriebsvertretung durch die Arbeiterkraft nur noch eine Staffage ist und vom Arbeitgeber natürlich nicht beachtet, viel weniger geachtet wird. Von außen lassen sich solche Zustände wenig ändern, denn es ist eigene Sache der im Betrieb Beschäftigten, sich eine Vertretung zu schaffen, die den Namen auch wirklich verdient. Die Arbeitgeber wie auch die Arbeitnehmer haben den sicheren Instinkt, daß die gesetzliche Betriebsvertretung der erste tastende Versuch oder Anfang ist für die von der Arbeiterkraft zu erstrebende Wirtschaftsdemokratie, in der die Lohn- und Gehaltsempfänger nicht als Arbeitsmaschinen gelten, denen nur die paar Lohnpfennige verabreicht werden, als Geschiebe es aus purer Gnade und Barmherzigkeit.

Das berufliche und menschliche Wertbewußtsein der Lohnarbeiterschaft muß noch in einem andern Maße ausgeprägt werden wie jetzt, ebenso die Erfassung der wirtschaftlichen Zusammenhänge und Zusammenwirkungen mit ihren Ausstrahlungen muß noch viel mehr Gemeingut werden in der Kollegenschaft wie heute. Das sind überhaupt die notwendigsten Voraussetzungen auf dem Wege zum Ziel: Der Arbeiterkraft die Stellung in der Wirtschaft zu erobern, die ihr unter Beseitigung des Unternehmerprofits zukommt. Wir sind überzeugt, daß bei dieser Entwicklung sich noch vieles abtöten und abschleifen wird und muß, was heute noch allzu edig und rauh ist. Eine geschickte Betriebsvertretung kann auf diesem Gebiet viel tun, sie kann es erst recht, wenn sie innerhalb der Belegschaft die richtige Stütze findet. Eine solche Betriebsvertretung wird dann auch niemals den Blick verlieren für die Gesamtheit, wird sich immer bewußt bleiben, daß ein Betrieb keine abgeschlossene Welt für sich ist, sondern zusammenhängt mit dem Gesamtberuf, mit der Gesamtindustrie. Die Entwicklung in unserm Sinne kann keinen Egoismus vertragen, auch keinen Betriebsegoismus, der leider vergißt, daß vor den Toren auch noch Leute wohnen.

Darum, Kollegen, nicht erlahmen, nützt die Rechte und sorgt für eine wirkliche Arbeiter-Betriebsvertretung, die auch das Ganze im Auge behält und die in ihren Rechten vor dem Arbeitgeber, sei er noch so ruppig oder altmodisch in seiner Gesinnung, kein Jota zurückweicht.

Nürnberg. Bericht über die gemeinsame Gaukonferenz des 7. und 8. Gau, abgehalten am 7. September 1924 in Nürnberg. Die Einleitung zur Konferenz gab bereits Samstag, den 6. September, der Kollege Gauleiter Chr. Schmidt-Wunibald durch einen höchst lehrreichen und instruktiven Vortrag: Die Entwicklung der Wirtschaft von der Vergangenheit bis zur Gegenwart. Er entledigte sich seiner Aufgabe unter Mithilfe der selbst entworfenen Karten und Statistiken in glänzender Weise und erhielt auch allseitig den Dank für das Vortragsgenie ausgesprochen. — Am Sonntag eröffnete Gauleiter Lohse die Konferenz und erwartet, daß die vorliegende Tagesordnung in sachlicher Weise erledigt werden möge. Kollege Joh. Kraus begrüßt die Erschienenen im Namen der Zahlstelle Nürnberg und heißt sie herzlich willkommen. Als Vertreter der Konferenz wurden die Kollegen Max Lohse und Chr. Schmidt, als Schriftführer die Kollegen Gegenagel und Hemmkeppeler gewählt. Die Präsenzliste weist aus, daß vom 7. Gau 23 Zahlstellen mit 23 Delegierten, vom 8. Gau 15 Zahlstellen mit 27 Delegierten vertreten sind, der Besuch sonach nur ein Drittel der Zahlstellen umfaßt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, die Gewerkschaften nach dem Kriege, referierte Gauleiter Chr. Schmidt. Er gab zunächst einen Rückblick auf die vergangene Zeit, den Krieg und die Kriegsfolgen, schilderte das Wachstum der Gewerkschaften und als Gegenstück die Zunahme der Unternehmerorganisationen. Leider hätten viele der Neueingetretenen die Gewerkschaften nur als Lohnbereinigungsmaschine betrachtet, es wurde besonders außer acht gelassen, daß sich die Gewerkschaften erst den neuen Verhältnissen anpassen mußten. Uebergehend auf die engeren Berufsverhältnisse schilderte der Redner die Abschlüsse der Reichstaxi und die Spezialisierung der Lohnabschlüsse innerhalb der Steinindustrie in den beiden Gauen. Außer den Großstädten mußte für 10 Berufsgruppen der Lohn festgelegt werden. Ferner die Bauweise der Nachkriegszeit; insolge der Verarmung wurde Naturstein nur selten verwendet, Wege und Straßenbau, Pflaster wurde vernachlässigt, in den Brücken lag das Material aufgestapelt, die hohen Fachpreise und nicht zuletzt die rückständige Betriebsweise der meisten Unternehmungen in der Steinindustrie erschwerten naturgemäß die Lohnverhandlungen. Zu erwähnen ist noch der Kampf der Unternehmer gegen die Bestimmungen des NW, sowie die Nichtinhaltung der Unfallverhütungsvorschriften. Die heutigen Verhältnisse erfordern ein einiges, geschlossenes Handeln und gegenseitiges Vertrauen, um den Verband hochzuhalten. Zum Schluß dankte der Redner allen Verbandsfunktionären, die in schwerer Zeit ihre Pflicht erfüllt. — In der Diskussion behandelte Kollege Lohse die Tariffrage in der Nachkriegszeit und führte aus, daß die paritätischen Einigungs- und Schiedsämter notwendig seien und auch Erfolg bringen. Es müsse versucht werden, innerhalb der Reichstaxi Landesstaxi zum Abschluß zu bringen, damit auch der Lohn der schlechter gestellten Bezirke mit geregelt wird. — In der weiteren Diskussion wurde besonders die Affordarbeit verurteilt und gefordert, das mit allen Mitteln die Einführung von Stunden- oder Tagelohn zu erstreben ist. Weiter wurde gefordert, daß auch bei örtlichen Lohnverhandlungen die Zentrale einen Teil der Kosten übernimmt. — Ein von den Kollegen Hassold und Strobel eingetragener Antrag: „Die heutige Aussprache hat ergeben, daß die Verbandsangestellten ihre Pflicht erfüllt haben und wird ihnen deshalb von der Konferenz das Vertrauen ausgesprochen“, wird einstimmig angenommen. — Bevor in die weitere Tagesordnung eingetreten wurde, begrüßt Kollege Lohse den in der Konferenz zufällig erschienenen Vertreter des ADGB, Kollegen Kroll, als alten Bekannten und Freund der Steinarbeiter. Kollege Kroll dankt und drückt seine Freude aus über die Verschmelzung der Steinseher und Steinarbeiter. Darauf ergreift Kollege Linke als Vertreter des Zentralverbandes das Wort über die Beschlüsse der Beiratskonferenz und ihre Durchführung. Er gab die bereits im Steinarbeiter veröffentlichten Beschlüsse bekannt und betonte dabei, daß infolge der finanziellen Lage des Verbandes eine weitere Erhöhung oder Neueinführung von Unterstützungen nicht möglich gewesen sei. In der Diskussion wurde, wie auch schon im vorhergehenden Punkt, die zu späte Einberufung der Gaukonferenz bemängelt. Da nun die Beiratskonferenz schon getagt, ständen wir vor vollendeten Tatsachen und könnten unsere Wünsche nicht mehr berücksichtigt werden. Alle Redner forderten höhere Unterstützungen, besonders für die Streikunterstützung. Der Verband soll mehr als Kampforaganisation ausgebaut werden. Um mehr Geld für diesen Zweck frei zu bekommen, müßten die überflüssigen Beamten abgebaut werden. Hierzu nahm Kollege Kroll nochmals das Wort und sprach sich gegen den Abbau aus. Die Beamten vertieren sich, durch sie wird an anderer Seite wieder eingepart. Kampforaganisationen sei zwar

ein schönes Wort, ob aber Kämpfe jederzeit zu führen und von Nutzen sind, sei eine andre Sache. Die Einführung von Unterstützungen werde durch Zweckmäßigkeitsgründe bestimmt. Kollege Linke verteidigt in seinem Schlusswort die Beschlüsse der Beiratskonferenz und erwartet, daß jeder Kollege für ihre Durchführung eintritt. — Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Organisation, Agitation, nahm Kollege Lohse das Wort und empfahl, regelmäßig die Versammlungen abzuhalten. Wenn auch kein Verbandsbeamter anwesend sei, könnten die Kollegen doch über die einschlägigen Gelege diskutieren, insbesondere über Betriebsratsgelege, auch über Reichsarbeitsvertrag und Verbandsstatut. In diesem Fragentopfer herrsche noch jowiel Unklarheit bei den Kollegen, daß es endlich an der Zeit sei, dem abzuhelfen. Im Punkt Organisation habe unser Verband bewiesen, daß er den an ihn gestellten Aufgaben gewachsen und dies auch ferner sein wird. — In der Aussprache über diesen Punkt fordert Kollege Ziemann-München den Anschluß an den Baugewerksbund; dem widerspricht Hassold-Nürnberg, der befürchtet, daß die Steinarbeiter, infolge der Eigenart ihres Berufes, bei der Verschmelzung verlieren würden. Auch die Abbauforderung wurde nochmals angeschnitten und besonders kritisiert, daß in Berlin vier Angestellte sitzen; hier soll mindestens ein Ausgleich durch Versetzen der überflüssigen Beamten an Orte, wo sie nötiger sind, geschaffen werden. — Ueber die vorliegenden Anträge wird nicht abgestimmt, doch sollen sie von den Zahlstellen zum nächsten Verbandstage erneut gestellt und die gewählten Vertreter verpflichtet werden, für ihre Annahme einzutreten. Im Punkt Wünsche und Anträge forderte Kollege Himpsel-Fürstenstein, es möge sich auch einmal wieder ein Vertreter des Verbandsvorstandes im harrischen Wald sehen lassen. Dann kamen noch Beschwerden über die Nichtinhaltung der Stilllegungsverordnung und des Reichsarbeitsvertrages; sie wurden dem zuständigen Gauleiter überwiesen. Mit der Aufforderung, das heute Besprochene auch in die Tat umzusetzen, schloß hierauf Kollege Chr. Schmidt die Konferenz.

B. Hemmkeppeler, Schriftführer.

Erfurt. Bericht von der Bezirkskonferenz vom 7. September 1924. Am Sonntag, dem 7. September, fand diese im Kurfürst statt mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz; 2. Unsere Lohnpolitik; 3. Verschiedenes. Gauleiter Schlegel eröffnete die Konferenz. Nachdem Kollege Kruse die anwesenden Delegierten begrüßt, wurde die Leitung gewährt. 1. Vorsitzender: Kollege Wolf-Langensalza, 2. Vorsitzender: Kollege Schulz-Gotha, Schriftführer: Kollege Kreubel-Erfurt. Von 35 Zahlstellen war knapp die Hälfte vertreten.

Der Bericht des Gauleiters war sehr sachlich und deckte sich im großen mit den Ausführungen in Nr. 36 des „Steinarbeiter“. Es erübrigt sich deshalb, darauf näher einzugehen. Hierzu hatten sich nun verschiedene Redner, darunter auch dauerhafte, zum Wort gemeldet. So war bei den meisten Delegierten Unzufriedenheit darüber, daß kein Verbandstag, sondern nur eine Beiratskonferenz stattgefunden hat. Daß es an den nötigen Mitteln gefehlt hat, ist wohl hinfällig, wenn man in Betracht zieht, daß für Luga no für drei Delegierte das Geld vorhanden ist. Jedenfalls war die Meinung sämtlicher Kollegen, daß die Internationale zur Zeit nicht so wichtig sei und wenn schon, auch ein Delegierter genügt hätte. Es gibt augenblicklich in Deutschland so viel zu bessern, namentlich was Lohn- und Arbeitsverhältnisse betrifft, daß für das Ausland wahrlich kein Geld übrig ist. Durch die Reden der Delegierten zog sich gleichsam ein roter Faden der Gedanke, daß uns der Aufständentag genommen wird. Hiermit eng verknüpft war der Name Siebold, da dieser seinerzeit für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat. Auch erregte die politische Einstellung desselben, sowie seine arbeiterfeindlichen (?) Artikel im „Steinarbeiter“, der doch unser Fachorgan sein soll, das größte Vergernis.

Ferner beschwerte sich Kollege Harz-Weimar darüber, daß ein von ihm vor einiger Zeit eingelangter Artikel als für den „Steinarbeiter“ unannehmbar wieder zurückgekommen ist. Daß dieser Kollege sich hiermit nicht zufrieden gibt, sei nur nebenbei bemerkt.

Wie gesagt, es herrscht ein großes Mißtrauen gegen den Kollegen und im Nebenberuf Reichstagsabgeordneten (?) Siebold. Aus diesem heraus ist auch folgende Resolution angenommen worden:

Die heute, den 7. September 1924, in Erfurt tagende Bezirkskonferenz verurteilt aufs schärfste die Schreibweise des Redakteurs Siebold; sie kennzeichnet die Taktik als einseitige, verbandsschädigende Kommunismisbege und behält sich die einzelnen Ortsgruppen vor, zur gegebenen Zeit den Ausschluß des Kollegen Siebold wegen seiner verbandsschädigenden Tätigkeit zu beantragen.

J. Kruse-Erfurt.

Dann war noch ein Antrag eingegangen, Verbandstag betr., doch wurde dieser wieder zurückgezogen.

Nachdem der Gauleiter noch etwas zu den Resolutionen gesagt, kam der 2. Punkt: Lohnpolitik. Kollege Schlegel gab Richtlinien zur Erzielung guter Lohnsätze. Daß bei schlechter Arbeitsgelegenheit nichts zu erzielen ist, liegt klar auf der Hand, jed- darf bei einsehender Konjunktur auch nichts versäumt werden, um einen auskömmlichen Lohn zu erringen. Redner streift die Reichstaxi-Verträge, das Ermächtigungsgesetz, das Dawes-Gutachten (und letztere beiden nicht gerade freundlich) usw. Auch tadelt er, daß sich noch viele Zahlstellen in der Lohnpolitik an die Bauarbeiter angeschlossen haben und deshalb nicht vorwärts kommen, so z. B. Halle a. d. S. Ein Teil Zahlstellen, hauptsächlich Steinseher, haben trotz Reichsarbeitsverträgen Sonderabmachungen getroffen, was sehr verwerflich ist, desgleichen Granitschleifereien, die letzteren auch in Punkt Beitrag hintennach hinken. Dies darf jedoch nicht sein, wenn wir wieder auf die Höhe kommen wollen, wie ehemals. — In der Diskussion hierüber sind sich die Kollegen mit dem Gauleiter darüber einig, bei passender Konjunktur, wenn nötig, zur Selbsthilfe zu greifen und ihre streikenden Kollegen zu unterstützen. Gegen die Erwerbslosenmarke wurde gesprochen. Daß die Streikunterstützung besser ausgebaut wird, ist Voraussetzung, gleichfalls ist es natürlich dazu nötig, alle Pflichten zu erfüllen, um die Kasse zu stärken. Dies ist Wunsch und auch Wille der Versammlung. Daß in Erfurt wegen einem gemäßigteren Steinseher zwei Betriebe hingegeben, jedoch von der Zentrale in Punkte Streikunterstützung abgewimmelt wurden mit der Maßgabe, die Kollegen sollten ihren gemäßigteren Kollegen selbst unterstützen, ist natürlich kein Antrieß (Diese Darstellung ist direkt falsch, laut Korrespondenz des Verbandsvorstandes. Redakt.) — Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, die Ferien zu beseitigen. — Gegen eine Anregung, Bestärkung auszuarbeiten, wendet sich in seinen Schlussfolgerungen der Gauleiter. Er fordert die Versammlung auf, nicht zu erlahmen in unser Organisationsfähigkeit. Das Dawes-Gutachten wird unsere Lage sehr erschweren, doch müssen wir alles anbieten, um zu retten, was noch zu retten ist. Die nächste Konferenz wird uns hoffentlich eine bessere Basis zeigen. Zum Schluß bittet Kollege Kruse die Delegierten, an dem ihnen zu Ehren veranstalteten Kränzchen der Erfurter Zahlstelle teilzunehmen, was auch geschieht. Hugo Kreubel, Schriftführer.

Steinarbeiter.

Bernd. Im festlich geschmückten Saal des städtischen Kurhauses feierte die Zahlstelle am 20. und 21. September ihr 25jähriges Bestehen. Ein auf der Bühne errichtetes, elektrisch erleuchtetes Transparent, auf welchem das Bildnis Staundingers thronete, gab dem Feste inmitten der republikanischen Farben und inmitten reichlichen Blumen Schmuckes das rechte Gepräge. Der Vorsitzende der Zahlstelle, Kollege Schreier, warf in eindrucksvoller Rede einen kurzen Rückblick auf die wichtigsten Ereignisse im Leben der Zahlstelle, während der Verbandsvorstand Winkler diese in Verbindung mit dem Leben des Gesamtverbandes würdigte. Schilderte Kollege Schreier u. a. die Verfolgungen, denen die Zahl-

stelle namentlich in den ersten Lebensjahren von den Unternehmern und Behörden ausgeht war, vermisste Kollege Winkler auf den im Laufe der Jahrzehnte eingetretenen Wandel, der u. a. durch die gern gesehene gastliche Anwesenheit des Berner Bürgermeisters, Herrn Münch, in Erscheinung trat. Der Bürgermeister wünschte der Zahlstelle im Rahmen der städtischen allgemeinen Interessen eine gedeihliche Entwicklung. Den Höhepunkt des Festes bildete die Ueberreichung eines künstlerisch ausgeführten Gedenkblattes an die Kollegen Johann Rudäschel, Michael Reuner, Adam Müller, Leonhardt Rost und Simon Kolbeck. Die beiden erstgenannten Kollegen gehörten zu den Gründern der Zahlstelle, während die übrigen Kollegen auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken können.

Nach dem ersten Teile des ersten Abends wechselten Vorträge des Arbeitervereins Berner mit Darbietungen der Berner Stadtkapelle ab. Den Abschluß des Festes bildete ein am Sonntag abgehaltenes Nachmittagskonzert mit anschließendem Ball, woran sich auch Gäste aus den umliegenden Zahlstellen beteiligten.

Aus dem schönen Verlauf der Erntedankfestfeier läßt sich schließen, daß alle Teilnehmer an der ferneren gedeihlichen Entwicklung der Zahlstelle regen Anteil nehmen werden.

Wildemann. Die außerordentliche Mitgliederversammlung am 8. September d. J. war zahlreich besucht. Sie nahm Kenntnis von den Beschlüssen der Beiratskonferenz in Leipzig und der am 7. September in Hannover stattgefundenen Bezirkskonferenz, die vom Kollegen Horn beschickt wurde. Es wurde beschlossen, den Nachblatt für alle Kollegen zu bestellen; die Kosten trägt das Mitglied. Die Kampffondsarbeiten werden restlos geleistet. Die Beschlüsse der Beiratskonferenz wurden lebhaft debattiert und folgende Entschlüsse einstimmig angenommen: „Die Mitglieder der Zahlstelle Wildemann geben ihrem Bedauern Ausdruck, daß der Zentralvorstand nicht vor der Beiratskonferenz Gau- oder Bezirkskonferenzen abhalten ließ. Wir verurteilen das gesamte Unterstützungsweien, weil nicht der Kampfeswille gewahrt bleibt. (Siehe Verbandsstatut, § 1.) Die Streikunterstützung ist viel zu niedrig. Die Erwerbslosenmarke ist eine Härte. Richtig ist die volle Beitragsleistung eines Stundenlohnes an den Verband. Die Kollegen verlangen vom Zentralvorstand unverzüglich Kündigung des Reichsarbeitsvertrages nebst Schlichtungsordnung für Pfaster- und Schotterwerke.“ Begründet wird die Entschlüsse damit, daß der Reichsarbeitsvertrag hindernd und hemmend für Lohnaufbesserung ist. Die § 4 a, 10, 11, 12 und 13 werden vom Unternehmer nicht innegehalten, ohne daß ihn eine Schlichtungsstelle zwingen könnte. § 19 wird dem Zentralvorstand empfohlen. § 21 (Tarifamt) ist vollständig unzureichend und ist ein Schaden der Kollegen.

Schüren. Am 13. September, abends, fand im Vereinslokale eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Gauleiter Kollege Braun gab einen ausführlichen Bericht von der Beiratskonferenz in Leipzig. Die Versammlung begrüßte es vor allem, daß die Streikunterstützung erhöht wurde. Sämtliche Redner waren mit dem Referenten darin einig, um wieder zu einer schlagkräftigen Organisation zu kommen, daß die Mitglieder gegenüber dem Verbands die volle Pflicht erfüllen müßten. Insbesondere müßte jedes Mitglied alle Extramarken und den statutarischen Beitrag entrichten. Gegen die Wiedereinführung der Erwerbslosenmarke wurde nicht eingewendet. Daß unter den heutigen Verhältnissen keine Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit gezahlt werden kann, ist den Kollegen begreiflich. Begrüßt wurde aber, daß die Reiseunterstützung, wenn auch in bescheidener Höhe, wieder gezahlt wird. Es wurde auch hervorgehoben, daß es gerade die reisenden Kollegen waren und auch heute noch sind, die den Samen der Organisation ausgestreut haben. Die Versammlung wünschte, daß zur gegebenen Zeit die Sache erhöht werden. Auf die Kranken- und Sterbeunterstützung wurde kein so großer Wert gelegt, aber anerkannt, daß diese agitatorisch wirken. Lebhaft begrüßt wurde, daß unser Verbandsvermögen sich in der kurzen Zeit nach der Inflation wieder sehr gehoben hat. Im Interesse des Verbandes sind die hiesigen Kollegen gern bereit, das Bestgeld für den Steinarbeiter selbst zu tragen. Von allen Rednern kam zum Ausdruck, daß es ohne Verband nicht geht und verpflichten sich die Kollegen, auf alle Indifferenten im Ruhrgebiete einzuwirken, nicht nur dem Verbands beizutreten, sondern auch in ihrem eigenen Interesse tatkräftig im Verbands mitzuarbeiten. Im Punkte Verschiedenes wurden noch einige Maßangelegenheiten besprochen und den Kollegen empfohlen, bei etwaigen Streitfällen den Betriebsrat in Anspruch zu nehmen und unter allen Umständen ihren Führern und sonstigen Funktionären das notwendige Vertrauen entgegenzubringen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Steinarbeiterverband wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Steinseher und Pfasterer.

Guben. Seit Beendigung des Krieges experimentiert man in Guben auch in unserm Gewerbe mit Sozialisierungsversuchen. Die damalige sozialistische Stadtverordnetenmehrheit beschloß, eine Anzahl Steinseher und Hammer in eigener städtischer Regie zu beschäftigen, um so den Unternehmern Gewinn der städtischen Gesamtbevölkerung zu erhalten. — Unsere Kollegen nahmen in ihren Versammlungen gegen diesen Beschluß Stellung und forderten: entweder werden alle Steinseher und Hammer von der Stadt eingekauft oder keiner! Dieser Beschluß ging von der Erkenntnis aus, daß mit Einstellung eines Teiles der vorhandenen Arbeitskräfte die städtische Verwaltung verleren würde, alle vorkommenden Arbeiten mit diesen Leuten auszuführen. Das mußte zur Folge haben, daß dieser, von der Stadt beschäftigte Teil der Berufsangehörigen das ganze Jahr hindurch Beschäftigung hatte und der übrige Teil dadurch dauernd erwerbslos blieb. Dieser Protest blieb aber unberücksichtigt. Es wurde die Steinseherkolonne geschaffen, welche nun auch die hauptsächlichsten Arbeiten ausführt. Nur wenige Arbeiten blieben für die Unternehmer und dadurch für die übrigen Steinseher und Hammer übrig. So traten denn auch die Folgen der Arbeitslosigkeit für die letzteren sehr bald ein.

Nachdem die sozialistische Stadtverordnetenmehrheit beseitigt war, kam auch der Regiebetrieb wieder ins Schwanken, und man rechnete mit seiner Beseitigung. Es wurden nunmehr die Arbeitgeber von Guben in engerer Submision um Abgabe von Preisen für in Aussicht genommene Neupflasterungen erucht. Die Preise wurden auch abgegeben, aber die Arbeitgeber wollten sich scheinbar für das bisher Verlorene schadlos halten und hatten zu hohe Profite eingerechnet. Daraufhin erfolgte eine nochmalige öffentliche Ausschreibung, an der sich dieselben Arbeitgeber wieder beteiligten, doch mit dem Unterschied, daß sie jetzt nicht viel mehr wie die Hälfte von dem forderten, was sie vorher in engerer Submision gefordert hatten. Dadurch hatten sich diese Gubener Unternehmer das Vertrauen der Behörde selbst vergrößert und es wurden nunmehr die bei der Stadt beschäftigten Steinseher und Hammer um Abgabe von Preisen erucht. Diese Preise waren zwar nicht niedriger wie die der Arbeitgeber bei der offenen Ausschreibung, aber da man zu den Arbeitgebern kein Vertrauen mehr hatte, übertrug man die Arbeiten den städtischen Steinsehern und Hammern zur Ausführung. Die Vorarbeiten wurden weiterhin in eigener Regie ausgeführt, nur das Pfasteren und Hammer übergab man diesen Leuten im Afford. Dadurch ist eine Affordkolonne geschaffen worden, die nunmehr in verächtlichem Maße die Arbeiten für sich in Anspruch nimmt! Es werden 60-70 Wk. wöchentlich erschunden und der übrige Teil der Berufsangehörigen ist erst recht dauernd erwerbslos. Ein Teil ist gezwungen worden, in der Bredde zu arbeiten und doppelten Haushalt zu führen usw. Aber noch unverständlicher ist, daß bei denselben Arbeiten Steinseher und Hammer vorübergehend eingestellt worden sind und während der Dauer dieser Arbeiten nicht einmal den Tariflohn ihres Gewerbes erhalten, sondern nur den für städtische Arbeiter, der niedriger ist. Ein Teil reißt den Löwenanteil an sich und ein anderer Teil wird mit einem Trübsal abgelöst. Diese Dinge zeigen recht deutlich, daß man hier von dem „sozia-

Istischen Gemeinschaftsgedanken noch recht weit entfernt ist und auch in einer Kolonne, mit der man Sozialisierungsversuche unternommen hat, nur der traffe Egoismus wohnt. Wir wollen nun wünschen, daß im Interesse unserer Berufsangehörigen diese Art Sozialisierungsversuche bald aufhören, damit eine bessere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten für alle vorhandenen Berufsangehörigen recht bald möglich wird.

Schlauwe. Versammlung vom 14. 9. 24. Fast alle Kollegen waren erschienen. Der Vorsitzende referierte über die Bestrebungen des Verbandes, erklärte weiter die Beschlüsse der Bezirkskonferenz, die am 23. und 24. 8. in Leipzig stattgefunden hat. Der Wochenbeitrag von einem Stundenlohn bei Akkordarbeit wurde von allen Kollegen befürwortet. Die Erhöhung der Streikunterstützung sowie die Wiedereinführung der Kranken- und Reiseunterstützung fand großen Beifall. Nur der Satz des Sterbegeldes sei gegen die Vorkriegszeit sehr minimal. Inbezug auf die Zustellung des „Steinarbeiter“ durch die Post standen die Kollegen auf dem Standpunkt, daß jeder Verband die Zeitungen für alle Kollegen durch den Vorsitzenden oder Kassierer unentgeltlich abgibt, und da der frühere Verband der Steinseher, Pflasterer und Berufsangehörigen Deutschlands es bei geringerer Mitgliederzahl auch konnte, wäre es richtiger, daß dieses Verfahren wiederkommt. Die Versammlung wurde sich aber dahin schlüssig, den Steinarbeiter vom 1. 10. 24 durch die Post zu bestellen. Aufgenommen wurde ein Kollege, der schon früher im Verband der Steinseher, Pflasterer und Berufsangehörigen Mitglied war.

Weimar. Am 21. September fand im Volkshaus eine Versammlung statt, die gut besucht war. Kollege Thiel gab einen klaren Bericht von der Bezirkskonferenz. Er hob besonders hervor, daß es dem Verbandsbeitrag wohl nicht leicht gemacht worden ist, die Unterstühtungsfälle neu zu regeln, war aber der Meinung, daß man von jeder Unterstühtung hätte Abstand nehmen sollen, solange der Verband noch nicht so finanzkräftig dasteht, daß man wenigstens eine ausreichende Streikunterstützung zahlen kann. Er betonte vor allem: Kampforganisation und keine Unterstühtungsorganisation. Auch ermahnte er besonders die Kollegen, welche noch nicht den „Steinarbeiter“ lesen, es sofort nachzuholen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde der Fall Michael senior und junior behandelt. In einer ganz abfälligen Art und Weise versuchten die beiden Herren sich reinzuwaschen. Die Kollegen aber glaubten den von der Gauleitung an den Kollegen Thiel gesandten Schriftstücken, worin ein klarer Beweis des Streikbruchs zu ersehen ist, mehr, und beschloßen den Ausschluß aus der Organisation. Den übrigen Kollegen aber, die sich von Michael betören ließen, sei dies eine Warnung. Sie wurden diesmal nur als Versührte betrachtet. Folgender Antrag wurde gegen 2 Stimmen angenommen:

Auf Grund der dauernden Versührte gegen die Organisation sowie den Tarif, werden die Steinseher Paul Michael senior und Paul Michael junior aus der Organisation ausgeschlossen. Die Kollegen im Bezirk werden dringend vor ihnen gewarnt und aufgefordert, in der Arbeitsgemeinschaft die beiden Michaels zu meiden.

Mit einer dringenden Mahnung, sich streng an den Tarif zu halten, schloß der Vorsitzende Kollege Thiel die Versammlung. Die nächste Versammlung wird noch bekanntgegeben.

Zwickau-Bezirkskonferenz. Am 19. September fand eine Bezirkskonferenz der Steinseher und Berufsangehörigen statt. Anwesend waren die Vertreter der Fachgruppen von Zwickau, Werdau, Reichenbach, Meerane und Auerbach-Rodewisch, die Fachgruppe Aue hatte keinen Vertreter entsandt. Kollege Kahle-Zwickau wurde als Leiter der Konferenz gewählt. Der Gauleiter Schulze gab einen längeren Bericht über die tarifliche Entwicklung des Bezirks, an welchen sich eine längere Aussprache angeschlossen. Im besonderen wurden die aufzustellenden Forderungen besprochen und der Gauleiter mit der Einreichung derselben an die Innung beauftragt. Weiter wurde die Erneuerung des Tarifvertrages eingehend besprochen und die notwendigen Beschlüsse dazu gefaßt. Im letzten Tagesordnungspunkte beschäftigte sich die Konferenz mit dem Verhalten der in dem Bezirk in Arbeit stehenden fremden Kollegen. Leider mußte festgestellt werden, daß diese sich nicht an die Bestimmungen des Tarifvertrages gehalten haben. Besonders wurde gegen die Arbeitszeit von diesen Leuten geklagt. Es wird dafür in Zukunft geordert werden, daß solche Auswüchse, wie sie durch die fremden Kollegen hervorgerufen wurden, unbedingt unterbunden werden. Leider muß geagt werden, daß sich auch Kollegen von Leipzig in diesem Sinne aufführten. Es wird unsere Aufgabe sein, den Tarifvertrag gegen alle Angriffe zu schützen und gegen Kollegen, die sich den tariflichen Bestimmungen nicht fügen, in der schärfsten Weise vorzugehen. Weiter wurden die Beschlüsse der Bezirkskonferenz einer Besprechung unterzogen. Mit dem Abonnement des „Steinarbeiters“ konnten sich die Kollegen nicht einverstanden erklären. Geordert wurde, daß der nächste Verbandstag unbedingt wieder für die Fachzeitung das frühere Obligatorium in der Zustellung festlegt.

Rundschau.

Wirtschaftliches. Die deutschen Lohnverhältnisse, veranschaulicht durch die Sozialversicherung. Wir entnehmen einem Aufsatz des Ministerialdirektors im Reichsarbeitsministerium Griese im „Reichsarbeitsblatt“ vom 16. 8. die nachfolgenden Angaben. Der Verfasser schildert die Lage der Krankenkassen seit der Stabilisierung. Er stellt fest, daß die Versicherten von den heutigen Beitragsfällen hart betroffen werden, weil sie zwei Drittel der Beiträge aufzubringen haben. Außerdem sind aber die Beiträge prozentual höher als vor dem Krieg; früher genügten 4 Prozent des Grundlohnes, heute sind 6 Prozent erforderlich. Trotz des höheren Prozentsatzes für die Beiträge ist der Ertrag für die Krankenkassen im allgemeinen dennoch nicht höher, ja oft viel niedriger als früher. So war zum Beispiel in Augsburg die Einnahme im ersten Vierteljahr 1924 bei 6,6 Prozent des Grundlohnes und 74 000 Versicherten um 300 000 Mark geringer als im ersten Vierteljahr 1914 bei nur 4,16 Prozent des Grundlohnes und nur 54 000 Versicherten; selbst der Zuwachs von 20 000 Mitgliedern konnte den Unterschied nicht ausgleichen. Die Grundlöhne sind eben so niedrig, daß selbst höhere Beitragsfälle bei vermehrter Anzahl der Versicherten einen geringeren Ertrag abwerfen als die Beiträge auf Grund der Friedenslöhne. Das sind — schreibt der Verfasser — nicht Zufallsergebnisse, sondern allgemeine Entwicklungsmerkmale. Dasselbe Lage wird durch die Ausgaben der Krankenkassen veranschaulicht. Die ärztliche Versorgung kostet heute das Doppelte der Vorkriegszeit, die Pflegefälle in den städtischen und staatlichen Krankenhäusern liegen um 50 bis 100 Prozent höher als früher. Dagegen ist der Anteil des Krankengeldes an die Ausgaben zurückgegangen. Dieser wird nämlich durch die Lohnlage bestimmt, die Löhne sind aber durchweg geringer als vor dem Krieg.

Not und Selbstmord. Die Zahl der Selbstmorde im Deutschen Reich hat noch nicht wieder die Höhe der Friedensjahre — sowohl relativ als auch absolut genommen — erreicht. Dennoch ist sie erschreckend groß zu nennen. Die Gesamtzahl betrug im Jahre 1922 13 402 gegen 15 564 im Jahre 1913 (für das alte Reichsgebiet). Danach entfielen auf 100 000 Einwohner 1922 21,9 und im Jahre 1913 23,5 Selbstmorde. Die Zunahme der Selbstmorde entfällt nach „Wirtschaft und Statistik“ in den Nachkriegsjahren vorwiegend auf das männliche Geschlecht. Mit dem starken Anwachsen der Zahl der männlichen Selbstmorde nähert sich das Geschlechtsverhältnis wieder dem der Vorkriegszeit. Einen ganz besonderen Anfang nehmen die aus wirtschaftlicher Not begangenen Selbstmorde ein. Sie betragen im Jahre 1922 insgesamt 535 gegen 203 im Jahre 1920. Diese Steigerung ist erschreckend, darf man doch annehmen, daß sich in diesen Zahlen noch nicht das ganze Elend ausdrückt. Denn sicherlich sind viele Selbstmorde, die aus wirtschaftlicher Not begangen wurden, unter anderen statistischen

Rubriken notiert. Der größte Teil der Selbstmörder stammt aus den Altersklassen zwischen 30 und 60 Jahren, wie das auch im Frieden zu beobachten war. Verhältnismäßig ist aber der Anteil der Greise unter den Selbstmördern erschreckend gestiegen. So offenbart sich in diesen Zahlen der ganze Widerstand einer Wirtschaft und Politik, die nicht darauf ausgeht, den Menschen zu erhalten, sein Leben zu verbessern und zu verschönern, sondern in Macht- und Gewinntrieben ihre einzige Triebfeder findet.

Wohnung und Siedlung auf der Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden. Die Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden rüstet zu ihrer vierten Ausstellung, die im Mai 1925 eröffnet werden soll und dem Gebiete „Wohnung und Siedlung“ zugeordnet ist. Herausgewachsen aus der Idee, nach dem Zusammenbruch des Krieges in jedem Jahre einem bestimmten Zweige der deutschen Industrie Gelegenheit zu geben, mit Qualitätszeugnissen dem In- und Auslande zu beweisen, daß deutsche Arbeit wieder gewillt ist, den alten Ruf der deutschen Qualitätsarbeit neu zu befestigen, fußt die Jahreschau heute schon auf einer festen Tradition. Sowohl die erste Ausstellung 1922 „Porzellan, Keramik, Glas“, wie auch die zweite 1923, die dem Gebiet „Spiel und Sport“ gewidmet war, brachten die ersten Anerkennungen der Presse wie auch der jeweiligen Fachkreise. In hervorragendem Maße bestätigte sich das Aufgabengebiet der Jahreschau mit der diesjährigen Textilausstellung, die in den nächsten Wochen ihre Pforten schließen wird. Wenn auch hauptsächlich die sächsische Textilindustrie diesmal vertreten war, so vermochte die Ausstellung doch auf andern Gebieten, insbesondere auf der wissenschaftlich-historischen Zusammenfassung, Vorbildliches zu leisten.

Die kommende Ausstellung „Wohnung und Siedlung“ wird sich zunächst in die beiden Hauptgruppen „Kunst und Wissenschaft“ und „Industrie und Handwerk“ teilen. Im einzelnen soll sich der Aufbau folgendermaßen gliedern:

- I. Geschichtlich-Böckerkundliches.
- II. Das Wohnen in der Neuzeit.
- III. Wohnung und Siedlung im Rahmen des heutigen Städtebaues.
- IV. Planungen und Ausführungen.
- V. Wohnungs- und Siedlungspolitik.
- VI. Literatur.
- VII. Bautechnik und Baugewerke mit allen Baustoffen und Bauteilen, neuzeitlichen Bauweisen und Spezialkonstruktionen, Baugeräten und Baumaschinen und technischem Bureaubedarf.
- VIII. Das Wohnungsinnere mit Ausstattungen, Beispielen für einfachste Wohnungseinrichtung und für besondere Berufs- und Lebensbedürfnisse, Hausgerät.
- IX. Der Garten mit Beispielen für Kleingärten, Garteneinrichtungen und Gartengerät.
- X. Musterbauten und Siedlungshäuser.

Gerade weil die Industrie für die kommende Zeit mit einer weiteren Stabilisierung und Sicherung der Kreditverhältnisse rechnen darf und weil voraussichtlich das gesamte Wohnungsproblem in der kommenden Zeit immer mehr zur akuten Gegenwartsfrage sich steigern dürfte, glaubt die Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden, mit der für das kommende Jahr geplanten großen Ausstellung „Wohnung und Siedlung“ zur Lösung einer der brennendsten Gegenwartsfragen in besonderem Maße mit beizutragen zu können. Mit den Vorarbeiten ist bereits begonnen worden.

„Bettlerwesen.“ Unter dieser Stichmarke wird besonders in sächsischen Orten die Einwohnerchaft aufgeföhrt, Geldgaben an „ortsfremde Bettler“ grundsätzlich zu unterlassen. Diese Magistrats geben Marken aus, 5 Pfg. das Stück, die von der Stadtkasse erworben werden können. Die Einwohnerchaft wird gebeten, an „ortsfremde Personen“ nur solche Marken auszugeben, die dann von der Stadtkasse bis zum Höchstbetrage von 1 — von dem „Ortsfremden“ wieder eingelöst werden können. — Diese Art „Fürsorge“ ist wirklich raffiniert, die kann nur jemand aushecken, der nie gehungert, nie in Verzweiflung gewesen ist, um das nackte Leben fristen zu können. Mit solchen raffinierten organisatorischen Maßnahmen wird natürlich keine Not gelindert. Man stelle sich nur einmal die Praxis vor. An mindestens 60 Türen muß so ein Ortsfremder pochen, wenn er 20 Marken zusammenhaben will, dann muß er diese erst einlösen bei der Stadtkasse; wenn er hinkommt am selben Tage, ist die Kasse sicher schon geschlossen. Das weitere kann sich jeder selbst ausdenken. Dadurch wird die Verzweiflung auf die Spitze getrieben und der Unterschied von „Mein und Dein“ „mangelsweise durch einen „weilen“ Magistrat verwischt. Das ist die Moral der Satten, die in jedem Bettler einen Tunichtgut, einen Arbeitsscheuen sehen. Wohl treibt die Not manchen zu dem Schritt, die Müdigkeit der Mitmenschen in Anspruch zu nehmen, und weil die Arbeitslosigkeit wieder erschreckende Formen annimmt, steigt die Not wie die Flut und die Zahl der „ortsfremden Bettler“ wächst. Welche innren Kämpfe ausgefochten werden von dem Hungernden, von dem Arbeitslosen, um die manömal so erniedrigende und schandvolle Müdigkeit anderer in Anspruch nehmen zu müssen, weiß nur der, der selbst in dieser Verfassung schon gewesen ist. Den Beamtenseelen, die solches erdacht haben, wie oben angeführt, ist das ein Buch mit sieben Siegeln, und wenn sie es doch öffnen würden, könnten sie die Sprache nicht verstehen, denn ihr Herz und Hirn ist dazu viel zu armfelig entwickelt. Doch, was ist gegen solche Magistrats-Anordnungen zu unternehmen? Vor allen Dingen haben die Arbeitervertreter in den Gemeindevewaltungen solche Einrichtungen zu bekämpfen. Wo die Abschaffung nicht möglich ist, müssen die Gewerkschaften am Ort Maßnahmen schaffen, daß bestimmte Herbergen, Bäder und Fleischer solche Marken in Zahlung nehmen und eine Kontrolle eingeföhrt wird, die verhindert, daß nun den „ortsfremden Personen“ minderwertige Ware oder kümmerliches Nachquartier gegeben wird. Vor allen Dingen sind aber solche Magistrats-Anordnungen mit aller Energie zu bekämpfen. Es ist Aufgabe der Stadtbehörden, die Not zu mildern; ein Verstoßen ist widersinnig und rächt sich letzten Endes am Eigentum derer, die wohl in der Lage sind, dem Notleidenden zu helfen. Darum fort mit solchen kurzfristigen, egoistischen und pfahlbürgerlichen Anordnungen. Sie offenbaren eine Spießermoral, von der jeder mitfühlende erwachsene Mensch in Dorf und Stadt abriden sollte.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Achtung, Ortskassierer! In diesen Tagen wird mit der Einführung des Einheitsmitgliedsbuches des ADGB begonnen. Damit verwirklicht sich auch in unserm Verbands ein längst bestehendes Bedürfnis. Bis alle Mitglieder in den Besitz des Einheitsbuches kommen werden, werden freilich noch einige Jahre vergehen, denn die zuletzt herausgegebenen Verbandsbücher laufen noch bis zum Jahre 1930. Zunächst wird also der Nachwuchs und der aus andern Verbänden zu uns übertretende Teil der Mitglieder mit dem Einheitsbuch bedacht. Bei dem Einheitsbuch ist zu beachten, daß es ständig im Besitz des Inhabers bleibt, auch beim Organisationswechsel. Denn das ist der Zweck der Einführung des Einheitsbuches, daß die jedermalige Ausstellung neuer Bücher bei Uebertritten in andre Verbände in Wegfall kommt. Zur Nummerierung muß das Mitgliedsbuch eines übergetretenen Kollegen nach wie vor an den Hauptvorstand eingesandt werden. Ferner ist zu beachten, daß zum Kleben der Extramarken zwei besondere Seiten (18 und 19) vorgesehen sind. Im übrigen macht sich ein genaues Studium der Einrichtung des Einheitsbuches durch die Ortskassierer notwendig (sobald sie ein solches in die Hand bekommen), damit eventuelle Eintragungen ordnungsgemäß erfolgen können. *

Die Kassenbücher sind ebenfalls in neuer Auflage erschienen. Die Kassierer der Steinseher-Zahlstellen, welche bisher keine Kassenbücher geführt haben, werden, soweit sie noch nicht im Besitz eines Kassenbuches sind, ersucht, ein solches beim Hauptvorstand zu bestellen. Es eribrigt sich dann in Zukunft die Ueberlieferung der Quartalsabrechnung in doppelter Auflage, weil die Quartalsabrechnung für die Zahlstellen ins Kassenbuch eingetragen wird.

Adressenänderungen.

- 1. Gau (N.-W.). **Isenbüren** (Westf.). Vorl.: Sebastian Köhm, Südfeldmark.
- 1. Gau (N.-O.). **Lauenburg** (Pomm.). Vorl.: Willi Rahte, Feldweg, Stolper Chauffee. Kass.: Leo Jaskülte, Karlstr. 51.
- 3. Gau. **Aue** (Ergeb.). Kass.: Joh. Höger sen., Eicherstraße 49.
- 6. Gau. **Bedesbath**. Kass.: Adam Schäfer.
- 8. Gau. **Bierath**. Vorl. und Kass.: Johann Zweier, Trumstadt bei Bamberg. — **Oberdachstein** b. Ansbach (Mittelfr.). Vorl.: Georg Meier.

Briefkasten.

Die Schriftführer und sonstigen Verbindungsleute der Redaktion werden nochmals darauf verwiesen, daß alle Zuschriften an die Redaktion, die zum Abdruck bestimmt sind, immer nur auf einer Seite beschrieben und nur mit Tinte geschrieben werden dürfen. Einige Berichte mußten zurückgestellt werden. Die Veröffentlichung erfolgt nach der Reihe des Eingangs. **Laugenalthaus.** Solnhofen bezieht von Leipzig keine Steinarbeiter, mithin fällt die Schlussfolgerung im Brief fort. Die Post liefert nicht umsonst. Irrtum oder Rederei! **P. Dobril.** Abonnement kostet für drei Monate (vierteljährlich) 60 Pfg. Auf Monatsbestellung läßt die Post sich nicht mehr ein. Erfolgt die Bestellung nach dem 20. des vorhergehenden Monats, muß ein Zuschlag an die Post bezahlt werden. — Der „Steinbildauer“ kostet vierteljährlich durch die Post 2 Mk. Bei späterer Bestellung wie vorstehend vermehrt, ebenfalls ein Postzuschlag zum Abonnementpreis. — Vom 1. Januar 1925 an werden wir die Zustellungsart unserer Zeitung ändern.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Länder der Zukunft nennt der bekannte Amerikaforscher Wilhelm Steffanson die Injelsur, die sich im Norden Amerikas zum Pol hin erstreckt. In diesen Gebieten tummeln riesige Herden Polarochsen, Eisbären, Füchse und Wölfe und Tausende von Hasen streifen herum, die Küsten und Meere sind belebt durch Seehunde und Walrosse. Trozdem war jener Teil der Erde seit den Unglückstagen des Jahres 1847 gemieden worden, die dem berühmten Forscher Franklin auf der Suche nach der nordwestlichen Durchfahrt mit hundert seiner Begleiter das Leben kostete. Es war Kapitän Sverdrup, der Begleiter Nansens auf der ersten Framreise, der das Wagnis unternahm, mit seinem bewährten Schiff in diese noch ganz unbekanntem Gebiete einzudringen. Es gelang ihm, Erfolge zu erzielen, die zu dem Bedeutendsten gehören, was in der Polarforschung erreicht worden war. Unter dem Titel „Neues Land“ berichtet er im 24. Band der bei Brockhaus (Leipzig) erscheinenden Sammlung „Reisen und Abenteuer“, die wir schon warm empfohlen haben, über die spannenden Erlebnisse auf seiner fünf Jahre umfassenden Expedition. Die frische, lebendige und humorvolle Schilderung spiegelt die kernige Seemannsnatur Sverdrups wider, und mit Interesse verfolgt man die eifrige Tätigkeit der Forscher, die sich durch kein Hindernis davon abschrecken ließen, der Wissenschaft zu dienen und der Menschheit neuen Gewinn zu bringen. Wiederholt hält der Tod seinen Einzug, auf der Fram bricht ein verheerender Brand aus, überall lauern Gefahren, aber Sverdrup führt mit den Seinen keinen Plan aus. Hohe, unübersteigliche Gebirge gebieten den Mutigen halt, fürchtbare Schneestürme brauen über das Land und drohen die Expedition unter Schnee zu begraben. Jagden aller Art werden unternommen, heiße Kämpfe mit Eisbären spielen sich ab, und die Polarochsen, die eine Art Riesenschafe sind, müssen trotz ihres wohlbedachten Verteidigungssystems als unerhörliche Fleischquellen dienen. Endlich, nach fünf Jahren, kommt die Fram wieder aus den Eisbanden frei, und stolz rückt sie durch das Eismeer in die Heimat, wo Beifall und Dank die mutigen Forscher empfangen. Die Ausstattung mit ausgezeichneten Bildern nach Photographien ist sehr vielseitig und bildet eine besondere Zierde des Bandes, der jedem warm zu empfehlen ist, der die Heldengeschichte der Polarforschung verfolgen will.

Die September-Nummer des „Kulturwillen“, der Monatschrift des Leipziger Arbeiter-Bildungsinstitutes für kulturelle Bestrebungen der Arbeiterchaft, liegt vor. Die zwanzig Seiten starke Nummer ist für 15 Pfg. durch jede Parteibuchhandlung oder direkt vom ABZ, Leipzig, Braustraße 17 (Kreuzband 12 Nummern im Jahr 1.50 Mk.) zu beziehen.

Anzeigen

Mehrere tüchtige **Marmorarbeiter** (Schleifer, Polseure, Säger, Hauer und Versetzer) stellen noch ein **Stein- und Marmor-Werke** G. m. b. H., Essen.

Tüchtige Brecher, Stöber und Steinrichter für dauernde Beschäftigung gegen hohen Akkordlohn gesucht. **Grosenburger Sandsteinbrüche** Karl Meier & Sohn, Detmold i. Rippe. (Seurat)

3 Pflasterer für Viellefeld. Loats vorhanden. Meldung Güterhofstr. bet M. Gensky.

Steinrichter 8-10 gute Steinrichter finden gutbezahlte Arbeit in Steinbrüchen der Schweiz. **A. Gamma**, Steinbrüche in Box (Schweiz).

Bezahlung: In Bezug auf vorstehendes Inserat ist es angebracht, außer an die Firma sich auch an den Kollegen Rob. Roth, Zürich (Schweiz) Sandstr. 11, zu wenden.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden. **In Birna** am 12. August der Brecher Max Richter, 50 Jahre alt, Lungentuberkulose. **In Rnsdorf** (O.-L.) am 21. August der Granitsteinmeß Ernst Heitner, 46 Jahre alt, Magenleiden. **In Gorkau** am 24. August der Hilfsarbeiter Hermann Anorn, 53 Jahre alt, Unfall. **In Liegnitz** am 30. August der Schleifer Wilhelm Schönbach, 62 Jahre alt, Lungenleiden. **In Berlin** am 23. September der Steinmeß Hermann Vorbau, 48 Jahre alt, Lungentuberkulose. **In Biedtack** am 25. September der Schieffeister Johann Amberger, 46 Jahre alt, und der Brecher Joseph Raft, 24 Jahre alt, durch Unglücksfall im Betrieb. (Bei diesem Betriebsunfall fand unter Vorstehender Raft den sofortigen Tod; der Kassierer und noch ein Kollege wurden schwer verletzt.)

Ehre ihrem Andenken!
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold. Verlag von Ernst Winkler beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.